

Antrag Verpflichtungserklärung nach §68 Aufenthaltsgesetz

Ich, der/die Unterzeichnende

Name: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Geburtsort: _____

Staatsangehörigkeit: _____

Identitätsdokument/Aufenthaltstitel: _____

wohnhaft in: _____
(PLZ, Wohnort, Straße)

Beruf: _____

Arbeitgeber: _____

Zahl der Familienangehörigen, denen der
Verpflichtungserklärende zum Unterhalt verpflichtet ist: _____ Personen

Telefonnummer für evtl. Rückfragen: _____

verpflichte mich gegenüber der Ausländerbehörde, für

Name: _____

Vorname: _____

Geburtstag: _____

Geburtsort: _____

Staatsangehörigkeit: _____

Reisepaß-Nr.: _____

wohnhaft in: _____

Verwandtschaftsbeziehung mit dem Antragsteller: _____
und folgende sie/ihn begleitende Person:

Ehegatte: _____ geb. am: _____

Kinder: _____ geb. am: _____

_____ geb. am: _____

Einreisezeitpunkt: _____

nach § 68 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) die Kosten für den Unterhalt und nach §§ 66 und 67 AufenthG die Kosten für die Ausreise o.g. Ausländers/in zu tragen.

Zweck des Aufenthalts: _____

Ich bin ☐ Mieter ☐ Eigentümer

Anschrift der Wohnung in der die Unterkunft sichergestellt wird, falls abweichend vom gewöhnlichen Wohnsitz des Verpflichtenden:

(PLZ, Ort, Straße)

Die Verpflichtungserklärung umfasst somit die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum und der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden (z.B. Arztbesuch, Medikamente, Krankenhausaufenthalt). Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen.

Die vorliegende Verpflichtung umfasst auch die Ausreisekosten (z.B. Flugticket) für o.g. Ausländer/in nach §§ 66 und 67 AufenthG.

Ich wurde von der Ausländerbehörde der Stadt Oberkirch insbesondere hingewiesen auf:

- den Umfang und die Dauer der Haftung,
- die Möglichkeit von Versicherungsschutz,
- die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme,
- die Strafbarkeit z.B. bei vorsätzlich unrichtigen oder unvollständigen Angaben (§95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bestätige, zu dieser Verpflichtung aufgrund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein.

**Das Merkblatt zur Verpflichtungserklärung habe ich erhalten.
Den Inhalt habe ich zur Kenntnis genommen und verstanden.**

(Ort, Datum und Unterschrift)